



Samstag, 10. Januar 2026, 15:58 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Hauptstadt im Dunklen

Der tagelange Blackout in Berlin offenbarte schonungslos, wie verletzlich die städtische Infrastruktur im digitalen Zeitalter ist — trotzdem wird der Vorfall in Politik und Medien kleingeredet.

von Günther Burbach
Foto: Orest lyzhechka/Shutterstock.com

Es war kein Krieg, kein Unwetter und keine

angekündigte Krise. Und doch stand ein großer Teil Berlins plötzlich ohne Strom da. Ampeln fielen aus, U-Bahnen blieben stehen, Supermärkte schlossen, Kommunikation wurde brüchig. Für viele Menschen kam der Ausfall überraschend, nicht nur, weil er unerwartet war, sondern weil er sich in einer Stadt ereignete, die sich selbst gern als hochentwickelte Metropole eines reichen Industrielandes versteht.

Stromausfälle kennt man aus Katastrophenfilmen oder aus Berichten über ferne Regionen. In Berlin wirken sie wie ein Betriebsunfall, etwas, das eigentlich nicht passieren dürfte. Genau darin liegt jedoch ihre Brisanz. Denn ein solches Ereignis ist mehr als eine technische Störung. Es ist ein Moment, in dem sichtbar wird, wie fragil der Alltag geworden ist und wie abhängig eine moderne Gesellschaft von Infrastrukturen ist, über die sie im Normalbetrieb kaum noch nachdenkt.

Für die Betroffenen bedeutete der Ausfall vor allem eines: Stillstand. Der Verkehr geriet ins Chaos, bargeldloses Bezahlen funktionierte nicht mehr, Aufzüge blieben stehen, Informationen waren schwer zugänglich. Besonders irritierend war für viele nicht einmal der Stromausfall selbst, sondern die Erfahrung, wie schlecht sie in dieser Situation erreicht, informiert oder unterstützt wurden. Wer Hilfe brauchte, musste improvisieren. Wer auf elektrische Geräte angewiesen war, stand plötzlich vor existenziellen Problemen.

Offiziell wurde schnell Entwarnung gegeben. Die Ursache sei bekannt, hieß es, es gebe keinen Grund zur Sorge. Doch gerade diese schnellen Erklärungen warfen neue Fragen auf. Nicht nur nach dem konkreten Auslöser, sondern nach dem größeren

Zusammenhang: Wie widerstandsfähig ist die Infrastruktur einer Stadt wie Berlin wirklich? Wie gut ist man auf Störungen vorbereitet, egal, ob sie durch technische Defekte, menschliches Versagen oder äußere Einwirkungen entstehen? Und warum löst ein einzelner Ausfall sofort so massive Verwerfungen aus?

Was offiziell gesagt wurde und was nicht

Nach dem Stromausfall folgten rasch erste Stellungnahmen der zuständigen Stellen. Von einem begrenzten Ereignis war die Rede, von einer klar identifizierten Ursache, von zügiger Behebung. Es habe keine Gefahr für die Bevölkerung bestanden, der Vorfall sei unter Kontrolle gewesen. Die Kommunikation zielte sichtbar darauf ab, zu beruhigen. Alles habe funktioniert, so die implizite Botschaft, trotz des Ausfalls.

Was in diesen Verlautbarungen auffiel, war weniger das, was gesagt wurde, sondern das, was ausgespart blieb. Zwar wurde ein technischer Auslöser benannt, doch über die genauen Abläufe, Abhängigkeiten und Schwachstellen erfuhr die Öffentlichkeit wenig.

Wie es zu einem so großflächigen Ausfall kommen konnte, welche Sicherungssysteme griffen oder eben nicht griffen, und warum zentrale Bereiche der Stadt so unmittelbar betroffen waren, blieb weitgehend unbeantwortet.

Auch die Frage der Vorbereitung wurde nicht thematisiert. Stromausfälle gelten offiziell als beherrschbare Risiken, für die es Notfallpläne gibt. Doch aus Sicht vieler Betroffener war von diesen Plänen wenig zu spüren. Informationen erreichten die Menschen nur bruchstückhaft, Anlaufstellen waren unklar, und vielerorts entstand der Eindruck, dass Improvisation die eigentliche Strategie

war. Dass dies in der Hauptstadt eines Landes geschieht, das sich selbst als hochmodern und resilient versteht, wurde in den offiziellen Erklärungen nicht reflektiert.

Auffällig war zudem, wie schnell der Vorfall als abgeschlossen betrachtet wurde. Kaum war der Strom zurück, verschwand das Thema aus der öffentlichen Debatte. Eine tiefergehende Einordnung, etwa zur Frage, ob die bestehende Infrastruktur den Anforderungen einer zunehmend digitalisierten Stadt noch gewachsen ist, fand nicht statt. Stattdessen wurde Normalität beschworen, als sei das Ereignis ein isolierter Zwischenfall ohne größere Bedeutung.

Gerade diese Art der Kommunikation wirft Fragen auf. Nicht, weil sie zwangsläufig falsch wäre, sondern weil sie ein bekanntes Muster bedient: Störungen werden als Ausnahme dargestellt, nicht als Warnsignal.

Die Möglichkeit, dass der Ausfall Ausdruck struktureller Probleme sein könnte, etwa einer zu hohen Komplexität, mangelnder Redundanzen oder unzureichender Notfallkommunikation, wird nicht offensiv diskutiert. So entsteht der Eindruck, dass Beruhigung wichtiger ist als Aufklärung.

Was ebenfalls kaum thematisiert wurde, ist die gesellschaftliche Dimension solcher Ereignisse. Ein Stromausfall ist längst nicht mehr nur eine technische Angelegenheit. In einer Stadt, in der Bezahlung, Information, Mobilität und selbst soziale Kontakte digital organisiert sind, trifft er Menschen sehr unterschiedlich. Wer gesund ist, mobil und über Ressourcen verfügt, kommt eher zurecht. Wer auf elektrische Hilfsmittel angewiesen ist, wer Pflege benötigt oder finanziell ohnehin unter Druck steht, gerät schnell in ernsthafte Schwierigkeiten. Diese Unterschiede wurden in den offiziellen Stellungnahmen kaum berücksichtigt.

So bleibt nach den Verlautbarungen vor allem ein Gefühl zurück: Das Ereignis wurde verwaltet, aber nicht wirklich eingeordnet. Die Öffentlichkeit sollte beruhigt werden, nicht ins Nachdenken kommen. Doch gerade das Nachdenken wäre notwendig gewesen. Denn unabhängig von der konkreten Ursache stellt sich eine grundlegende Frage: Wenn schon ein einzelner Ausfall ausreicht, um eine Metropole spürbar aus dem Takt zu bringen, wie belastbar ist das System dann insgesamt?

Ein Anschlag und die unbequeme Frage nach der Zukunft

Inzwischen wurde der Stromausfall offiziell als gezielter Anschlag auf die Energieinfrastruktur eingeordnet. Damit verschiebt sich die Bedeutung des Ereignisses grundlegend. Was zuvor wie eine technische Störung wirkte, erhält eine politische und gesellschaftliche Dimension. Es geht nicht mehr nur um defekte Anlagen oder menschliches Versagen, sondern um die bewusste Sabotage eines Systems, von dem Millionen Menschen abhängen.

Diese Einordnung wirft Fragen auf, die weit über den konkreten Vorfall hinausreichen.

Denn ein Anschlag auf die Stromversorgung ist kein gewöhnliches Delikt. Er trifft nicht einzelne Personen oder Einrichtungen, sondern das Nervensystem einer modernen Stadt. Verkehr, Kommunikation, medizinische Versorgung, Verwaltung und Wirtschaft hängen an derselben Infrastruktur. Wird sie angegriffen, geraten nicht nur Abläufe ins Stocken, sondern das Gefühl von Sicherheit selbst.

Bemerkenswert ist, wie wenig Raum diese Erkenntnis in der öffentlichen Debatte einnahm. Zwar wurde der Begriff „Anschlag“

genannt, doch eine tiefergehende Auseinandersetzung mit seinen Konsequenzen blieb aus. Was bedeutet es, wenn kritische Infrastruktur in einer Metropole offenbar mit vergleichsweise einfachen Mitteln angreifbar ist? Wie realistisch ist der Schutz solcher Systeme in einer offenen Gesellschaft? Und vor allem: Wie gehen wir künftig mit der Möglichkeit um, dass solche Angriffe nicht die Ausnahme, sondern Teil einer neuen Normalität sein könnten?

Die Vorstellung, man könne sich vollständig gegen Sabotage absichern, wirkt bei genauerem Hinsehen illusionär. Moderne Infrastrukturen sind hochkomplex, vernetzt und auf Effizienz getrimmt. Redundanzen kosten Geld, dezentrale Strukturen gelten als unpraktisch, Notfallübungen als übertrieben. Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von genau diesen Systemen. Je reibungsloser der Alltag funktioniert, desto härter trifft der Ausfall. Ein Anschlag legt damit nicht nur eine Leitung lahm, sondern entlarvt ein Grundproblem moderner Gesellschaften: ihre extreme Verwundbarkeit.

Die eigentliche Herausforderung liegt daher weniger in der Frage, ob man Anschläge vollständig verhindern kann, das wird kaum möglich sein, sondern darin, wie man mit ihnen umgeht. Resilienz bedeutet nicht absolute Sicherheit, sondern die Fähigkeit, Störungen auszuhalten, ohne dass alles zusammenbricht. Dazu gehören transparente Kommunikation, funktionierende Notfallkonzepte und eine Bevölkerung, die weiß, was im Ernstfall zu tun ist. Der Berliner Stromausfall hat jedoch eher das Gegenteil gezeigt: Orientierungslosigkeit, mangelhafte Information und das Gefühl, auf sich allein gestellt zu sein.

Gerade deshalb wäre es fatal, den Vorfall als erledigt abzuhaken. Ein Anschlag auf die Stromversorgung ist kein isoliertes Ereignis, sondern ein Warnsignal. Er stellt die Frage, ob unsere Städte, unsere Infrastrukturen und unsere politischen Strategien auf eine Zeit vorbereitet sind, in der gezielte Störungen Teil gesellschaftlicher

Realität werden könnten. Nicht aus Panik, sondern aus nüchterner Vorsorge.

Die vielleicht unbequemste Frage lautet daher: Sind wir bereit, umzudenken? Oder halten wir an der Illusion fest, dass sich Sicherheit durch Beschwichtigung und Normalitätsrhetorik herstellen lässt? Der Stromausfall von Berlin legt nahe, dass diese Illusion teuer werden könnte.

Ein Ereignis, das bleibt

Der Stromausfall in Berlin war kein Weltuntergang. Es gab keine langfristigen Schäden, keine Bilder der Eskalation, keine dauerhafte Krise. Und doch wäre es ein Fehler, das Ereignis als bloße Episode abzutun. Gerade weil es vergleichsweise glimpflich ausging, bietet es die seltene Gelegenheit, ohne akuten Druck über Verwundbarkeiten nachzudenken, die im Alltag gerne verdrängt werden.

Moderne Gesellschaften leben von der Annahme, dass zentrale Infrastrukturen zuverlässig funktionieren. Strom, Kommunikation, Verkehr und digitale Dienste gelten als selbstverständlich. Fällt eines dieser Elemente aus, zeigt sich jedoch, wie schnell Selbstverständlichkeiten in Abhängigkeiten umschlagen.

Der Berliner Ausfall hat diese Abhängigkeit für kurze Zeit sichtbar gemacht, nicht als theoretisches Risiko, sondern als konkrete Erfahrung für viele Menschen.

Die entscheidende Frage ist daher nicht, wer im Einzelfall verantwortlich war, sondern was wir aus solchen Ereignissen lernen. Absolute Sicherheit wird es nicht geben, weder gegen

technische Defekte noch gegen gezielte Angriffe. Doch zwischen der Illusion vollständiger Kontrolle und der resignierten Akzeptanz von Störungen liegt ein Raum, den man gestalten kann: durch Redundanzen, transparente Kommunikation und realistische Notfallkonzepte, die nicht nur auf dem Papier existieren.

Vielleicht ist das die eigentliche Lehre dieses Stromausfalls. Nicht Panik ist angebracht, sondern Ehrlichkeit. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass Hochtechnologie nicht automatisch Resilienz bedeutet. Und dass eine offene Gesellschaft nur dann stabil bleibt, wenn sie ihre Verwundbarkeit kennt und ernst nimmt.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.